V-26 Gesundheitsschutz ist Demokratieschutz!

Antragsteller*in: Cedrik Schamberger (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg)
Tagesordnungspunkt: weitere Anträge, die nicht auf dieser LDK behandelt werden

Als Bündnis 90/Die Grünen Berlin setzen wir uns für ein leistungsfähiges und modernes Gesundheitssystem für unsere Bürger*innen ein. Eine zugängliche und qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung als Teil der Daseinsvorsorge ist bedeutend für das Vertrauen in den Staat und somit für die Demokratie. Wir wissen: Gesundheitsschutz ist Demokratieschutz.

Gesundheit und Daseinsvorsorge stärken, Vertrauen in den Staat festigen

Ein gesundes Berlin ist nicht die Aufgabe einer Verwaltung. Es ist eine Gemeinschaftsanstrengung von Vielen. Angefangen von Hebammen und Geburtsstationen über Kinderärzt*innen, Kitas, öffentlichem Gesundheitsdienst und Schule bis hin zu Krankenkassen, Feuerwehr und Pflegekräften. Über viele Sektoren arbeiten Menschen jeden Tag in dieser Stadt daran, dass die Berliner*innen gesund aufwachsen, gesund bleiben und gesund werden.

Durch knappe Kassen, demografischen Wandel und Extremwetter ist unser Gesundheitssystem massiv unter Druck. Ein kluger und an den echten Bedürfnissen der Menschen orientierter Ausbau ist von entscheidender Bedeutung, um eine flächendeckende und bedarfsorientierte Versorgung sicherzustellen. Hierfür soll das gemeinsame Landesgremium nach § 90a SGB gestärkt werden, um weiterhin Stellungnahmen und Empfehlungen zu den Bedarfsplänen und Fragen der sektorenübergreifenden Versorgung abgeben zu können. Zukünftig soll das Gremium noch stärker in relevante Entscheidungsprozesse einbezogen werden.

Wir fordern von allen Senatsverwaltungen dem Konzept "Health in all policies" (HiAP) zu folgen und folglich sektorenübergreifend, systematisch die gesundheitlichen und sozialen Auswirkungen von Entscheidungen zu analysieren und zu berücksichtigen. Das Ziel ist eine Verbesserung der Gesundheit der Bevölkerung und eine Verringerung von Ungleichheiten etwa bei der Gesundheitsversorgung oder der Belastung mit Schadstoffen. Das Implementieren von HiAP soll ein dynamischer Prozess sein, der regelmäßig überwacht und an die aktuellen Bedürfnisse der Stadt angepasst wird.

Das Fördern von Präventionsmaßnahmen, zu denen auch das Aufklären über Themen wie Ernährung und Sport in Kitas und Schulen sowie Arbeitsplatzgesundheitsmanagement gehören, ist entscheidend, um Krankheiten frühzeitig vorzubeugen und die Gesundheit der Bevölkerung zu verbessern. Wir fordern die Gesundheitsförderung in Schulen, Betrieben und anderen öffentlichen Einrichtungen zu stärken, um das Bewusstsein für gesundheitsförderliches Verhalten zu schärfen und die Integration benachteiligter Bevölkerungsgruppen zu erleichtern. Außerdem wollen wir Aufklärungskampagnen, Impfungen und Früherkennungsuntersuchungen besser finanzieren und zugänglicher machen.

In einer Strategie für die Stadt sollen Einrichtungen wie ambulante Arztpraxen, Apotheken, freie Träger sowie Pflege- und Sozialeinrichtungen lokal vor Ort eingebunden werden und eng zusammenarbeiten, um eine möglichst niederschwellige Versorgung mit Informationen und Dienstleistungen des Gesundheitssektors zu schaffen. Das soll in enger Zusammenarbeit zwischen Land und Bezirken passieren. Ziel ist es auch, dass die Gesundheitsämter durch die Verbesserung der Zusammenarbeit und Kommunikation entlastet werden. Das Engagement Ehrenamtlicher muss dabei ebenfalls berücksichtigt und anerkannt werden.

Es muss eine barrierefreie Gesundheitsversorgung für alle Bevölkerungsgruppen, unabhängig von Einkommen, Geschlecht, Herkunft oder Wohnort, stets sichergestellt werden. Dies schließt

auch Maßnahmen zur Förderung der psychischen Gesundheit und Prävention von psychischen
Erkrankungen ein.

Im digitalen Zeitalter kann Gesundheitsversorgung nicht analog sein. Es ist gut, dass die
Telematikinfrastruktur endlich ausgerollt wird. Das ist die Basis für den Ausbau
telemedizinischer Angebote, der notwendig ist, um eine flexible und zugängliche
Gesundheitsversorgung zu ermöglichen, insbesondere in schwächer versorgten Gebieten oder bei
eingeschränkter Mobilität. Das Land Berlin ist aufgefordert eine Innovationsprämie an
Gesundheitsakteure bereit zu stellen, um stärker digitale Technologien zu implementieren.
Zudem ist die Förderung von Digitalisierung und Innovation im Gesundheitsbereich für uns von
großer Bedeutung, um neue Behandlungsmethoden und Technologien zu entwickeln und die
Gesundheitsversorgung kontinuierlich zu verbessern. Dadurch kann etwa eine maßgeschneiderte
und patientenzentrierte Versorgung ermöglicht und an anderer Stelle Belastungen für das
Gesundheitssystem verringert werden.

Investitionen in die Ausbildung und Weiterbildung von Gesundheitsfachkräften sind
unerlässlich, um einen qualifizierten und gut ausgebildeten Gesundheitssektor
sicherzustellen. Ausbildungsberufe wie die zu Pflegefachkräften, medizinischen
Fachangestellten, pharmazeutisch-technischen Angestellten und Ähnliche müssen durch
angemessene Entlohnung und das Abschaffen von noch bestehenden Ausbildungskosten
flächendeckend attraktiver gestaltet werden. Projekte wie der Ausbildungs- und
Gesundheitscampus Wenckebach sollen schnell realisiert werden.

Wir sind entschlossen, zukunftsfähige Strukturen zu schaffen und langfristige Lösungen für
Berlin zu finden. Indem wir uns für Investitionen in eine umfassende Gesundheitsversorgung
einsetzen und allen Menschen einen gleichberechtigten Zugang dazu ermöglichen, fördern wir
das Vertrauen in den Staat und die Demokratie und tragen zur Stärkung unseres
gesellschaftlichen Zusammenhalts bei.

Begründung

erfolgt mündlich

Unterstützer*innen

Can Aru (KV Berlin-Pankow), Wolfgang Schmidt (KV Berlin-Kreisfrei), Silke Gebel (KV Berlin-Mitte), Dara Kossok-Spieß (KV Berlin-Spandau), Andrea Nakoinz (KV Berlin-Lichtenberg), Antonia Schwarz (KV Berlin-Kreisfrei), Ingeborg Hofer (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Catherina Pieroth-Manelli (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Lilly Aepfelbach (LV Grüne Jugend Berlin), Benjamin Budt (KV Berlin-Pankow), Marei Zylka (KV Berlin-Reinickendorf), Georg Fritz (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Christian Schmidt (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Daniel Eliasson (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Frauke Prasser (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Liliana Marie Dornheckter (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Gollaleh Ahmadi (KV Berlin-Spandau), Gabriela Schatton (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Sabine Hawlitzki (KV Berlin-Pankow), Detlef Meyer zu Heringdorf (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Charlotte Müseler (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Öztürk Kiran (KV Berlin-Pankow), Lillemor Mallau (KV Berlin-Pankow), Dirk Jordan (KV Berlin-Kreisfrei), Moritz Wiechern (KV Berlin-Reinickendorf), Shirin Kreße (KV Berlin-Mitte), Santiago Rodriguez Salgado (LV Grüne Jugend Berlin), Niko Fanore (LV Grüne Jugend Berlin), Nina Freund (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Anja Fink (KV Berlin-Kreisfrei), Gernot Lobenberg (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Tuba Bozkurt (KV Berlin-Mitte), Martina Zander-Rade (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Kirsten Kullak (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), André Stephan (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Vincent Scheller-Hein (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Rita Fakunmoju (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Ina Ravens (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Daniela Billig (KV Berlin-Pankow), Alexander Kräß (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Oliver Jütting (KV Berlin-Pankow), Ario Ebrahimpour Mirzaie (KV Berlin-Mitte), Annabelle Wolfsturm (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Ulrich Oberdieck (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Petra Vandrey (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf), Christoph Lorenz (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Catrin Wahlen (KV Berlin-Treptow/Köpenick), Marie Charlotte Bierganz (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Christoph Noll (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Jennifer Bode (KV Tempelhof-Schöneberg), Katharina Hild (KV Tempelhof-Schöneberg), Karsten Dirk Gloger (KV Pankow), Alexandra Krioukov (KV Pankow), Ulrike Kipf (KV Steglitz- Zehlendorf), Helene Bond (KV Pankow), Kim Kohlmeyer (KV Berlin-Pankow)